

XIX.

Griechenland.

16. Januar. (Kriegsfrage.) Griechenland erklärt auf die Note der Großmächte vom 11. Jan. (vgl. Serbien), daß es die geforderte Abrüstung für unmöglich halte und lehnt das Anfinnen daher unbedingt ab. (St.A. Bd. 47, 8919.)

24. Januar. (Kriegsfrage.) Die Großmächte richten, nachdem eine Vorstellung des englischen Gesandten in Athen, Rumbold, vom Ministerpräsidenten Deljannis nicht, wie verlangt, sofort beantwortet worden ist, sondern durch das barische Auftreten des Gesandten in Athen die Erbitterung und Kriegsstimmung wächst, auf Vorschlag Großbritanniens eine gemeinsame Note an Griechenland, in welcher sie dem Königreiche jeden rechtmäßigen Grund zur Eröffnung von Feindseligkeiten gegen die Türkei absprechen und erklären, wegen der dadurch entstehenden Schädigung des Handels einen Angriff zur See nicht dulden zu wollen. (St.A. Bd. 47, 8927.)

In der Antwortnote erklärt Deljannis am 1. Februar (St.A. Bd. 47, 8934):

Die königliche Regierung hat von dieser Erklärung Kenntnis genommen, hält es aber für überflüssig, ihre Ansicht über eine Frage darzulegen, über welche sie sich bereits mit den Großmächten auseinandergesetzt hat. Deshalb glaubt die königliche Regierung, die Verantwortlichkeit für die Folgen einer etwaigen Verwickelung ablehnen zu müssen. Immerhin aber glaubt die königliche Regierung nicht verhehlen zu dürfen, daß sie jedes Hindernis, welches der freien Entfaltung ihrer Seekräfte entgegengestellt würde, als unverträglich mit der Unabhängigkeit des Staates und den Rechten der Krone und zugleich als schädlich für die politischen Interessen des Landes betrachten würde.

Ende Januar. (Kriegsstimmung.) Die Drohungen der Mächte steigern die Kriegsstimmung in Griechenland; in Athen und allenthalben im Lande finden Volksversammlungen statt, in denen Verwahrung gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit Griechenlands eingelegt und der nationalen Politik des Königs und der Regierung begeistert zugestimmt wird.